

Rednerservice:

„ROTBUCH“:

Die SPD

und der Sozialismus

- Dokumentation -

Inhalt:

I.	SPD – Partei der Anbiederung an den real existierenden Sozialismus	2
II.	SPD – Partei gegen die Wiedervereinigung	4
III.	SPD – Partei der Wendehälse	6
IV.	SPD – Partei der Arroganz und des Unverständnisses gegenüber DDR-Bürgern	7
V.	SPD – Partei der doppelten Staatsbürgerschaft	7
VI.	SPD – Partei des wahltaktischen Opportunismus	8
VII.	SPD – Partei der Kritik am politischen System der Bundesrepublik Deutschland	8
VIII.	SPD – Partei der sozialistischen Planwirtschaft und der Träumer vom wahren Sozialismus	8
IX.	Kritik von SPD-Politikern am politischen Kurs ihrer Partei	11

I. SPD – Partei der Anbiederung an den real existierenden Sozialismus

Peter von Oertzen:

„Insoweit wünsche ich mir in der Perestroika zwar, daß sich originär und radikal demokratische Tendenzen durchsetzen, aber daß diese demokratischen Tendenzen sich darüber im klaren sind, daß das nicht bedeuten muß und nicht bedeuten darf, daß die sozialistischen Errungenschaften in der sowjetischen Gesellschaft darüber aufgegeben werden, nämlich die Aufhebung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln und die Einführung von gesellschaftlicher Planung und gesellschaftlicher Kontrolle der Produktion ... (aus: „Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke“, hrsg. von Detlev Albers, Frank Deppe und Michael Stamm, Köln 1989, S. 100)

„Wir als linke Sozialisten haben immer große Schwierigkeiten gehabt, die Vereinbarkeit von sozialistischen Wirtschaftsformen mit demokratischen politischen Formen zu erklären und zu begründen. Jetzt könnte, wenn die Entwicklung in der Sowjetunion in unserem Sinne positiv verlief, ein Beispiel dafür geliefert werden, daß öffentliches Eigentum an den Produktionsmitteln, daß ein hoher Grad von gesellschaftlicher Gleichheit, daß Selbstverwaltung der Arbeiterklasse in entscheidenden Punkten, daß ein gewisses Maß von politisch und sozial verantworteter

Planwirtschaft mit politischer Demokratie und persönlicher Freiheit vereinbar sind.“ (aus: s. o., S. 98)

Gemeinsames Dokument der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED und der Grundwertekommission der SPD zum Thema „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, 1987 (SPD/SED-Papier):

„Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.“

„Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.“

Walter Momper:

„Der Anti-Kommunismus muß aus unseren Köpfen heraus. Der verhindert es nämlich, daß ein europäisches Denken sich entwickelt, das über die Elbe hinausreicht.“ Die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter sei heute überflüssiger denn je und müsse sofort aufgelöst werden. (Walter Momper vor dem Berliner Abgeordnetenhaus, nach FAZ, 27. Oktober 1989)

„Natürlich stehen uns die Sozialdemokraten (in der DDR) näher als ei-

ne andere Partei, doch man kann in Feldern, wo man gemeinsame Auffassungen, gemeinsame Interessen hat, die gemeinsame Politik fortsetzen. Das sollten wir mit der SED auch so machen. Im übrigen: Die SED ist ja auch nicht mehr die alte, nicht mehr das, was sie mal war. Es mag auch neue Berührungspunkte geben, die eine veränderte SED für die SPD weiterhin oder vielleicht sogar verstärkt interessant erscheinen lassen.“ (zum SPD/SED-Papier in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ vom 18. November 1989)

Walter Momper sagte im Sender DDR 1, er sei der Auffassung, daß man „erst recht mit einer sich reformierenden SED, mit einer SED, die ja erkennbar darum bemüht ist, selbst einen Weg des demokratischen Sozialismus einzuschlagen, reden muß.“ (FAZ, 6. Februar 1990)

Die 1988 aus der DDR ausgebürgerte Theaterregisseurin Freya Klier notiert in ihrem Abreißkalender Interessantes zu den intensiven Kontakten zwischen SPD und SED in den vergangenen Jahren und zum gemeinsamen SPD/SED-Papier: „Als gäbe es nicht schon genug Papiere, die uns die Beine wegschlagen, nun also auch noch ein SED/SPD-Papier ... Der SED-Ideologe Reinhold, dieser clevere Frosch und Intimus von Kurt Hager, hat die Brüder von der SPD mal wieder gehörig über'n Tisch gezogen ... Am unbegreiflichsten ist mir die Haltung der SPD, einer Partei, der ich im Grunde nahestehende. Sie glorifiziert re-

gelrecht die Taktik der SED, nach außen auf Frieden zu machen, um im Lande nichts verändern zu müssen. Die Situation in der DDR wird einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen.“ (Abreißkalender zum 28. August bis 9. Mai 1987)

Johannes Rau:

„Ich finde, die Partei ist kaputt. Die haben einen moralischen Zusammenbruch erlebt. (...) Da es diese SED so nicht mehr gibt, bedarf es eines solchen (SPD/SED-)Papiers nicht mehr. Das ist von sich aus gegenstandslos geworden.“

Pressestimmen

zum SPD/SED-Papier:

„Zur Sicherung des Friedens, sagen in dem Papier die SPD und die SED, gehört ... die Entwicklung lebendiger Demokratie ... Eppler hat mit seiner Unterschrift zugelassen, daß man das östliche System Demokratie nennen darf; ein System, das seine Staatsbürger an der Mauer wie die Hasen abknallt, wenn sie ihr international verbrieftes Recht auf Auswanderung beanspruchen (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 13).“ (Die Zeit, 11. November 1987)

Konrad Gilges, SPD-MdB aus Köln:

Die Kölner SPD hat sich ebenfalls für eine Fortsetzung der Gespräche und Kontakte „mit allen gesellschaftlichen Kräften in der DDR“ ausgesprochen und dabei ausdrücklich die SED mit einbezogen. Konrad Gilges sagte, er sehe keine Veranlassung, sich von der mit der SED „erfolgreich geführten Zusammenarbeit zu

distanzieren.“ (FAZ, 6. Februar 1990)
 Aufhören läßt diese Meldung auch deshalb, weil es sich beim Kölner Kreisverband um den Kreisverband von Anke Fuchs handelt, die als Bundesgeschäftsführerin maßgeblichen Einfluß auf die Partnerwahl ihrer Partei hat.

II. SPD – Partei gegen die Wiedervereinigung

Oskar Lafontaine:

„... Gerade weil wir Deutsche mit einem pervertierten Nationalismus schrecklichste Erfahrungen gemacht haben, gerade deshalb sollte uns schlechthin der Verzicht auf Nationalstaatlichkeit leichter fallen als anderen Nationen, die mit der Entstehung ihres Nationalstaates auch die Entfaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung verbinden konnten und immer noch können.“ (1988)

„Der Stabilisierung der DDR wohnt ein dialektisches Moment inne. Je stabiler sie wird, um so eher traut sie sich zu, sich weiter zu öffnen. Das haben wir in den letzten Jahren beobachten können.“ (Kieler Nachrichten, 3. September 1987)

Willy Brandt:

„... die Hoffnung auf Wiedervereinigung geradezu zur Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“ (Frankfurter Rundschau, 15. September 1988)

Koalition von AL und SPD in Berlin:

„Eine europäische Friedensordnung wird es ... nur mit zwei gleichberech-

tigten ... Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen. ... es komme nicht darauf an, Grenzen ... zu verändern, dies gilt auch für die deutsch-deutsche Grenze und die Mauer in Berlin ...“ (Aus dem deutschland- und berlinpolitischen Teil des Koalitionspapiers von SPD und AL in Berlin von 1989. In diesem Papier steht kein Wort von Wiedervereinigung, Selbstbestimmungsrecht, mit dem das deutsche Volk die Einheit in Freiheit wiederlangen soll, kein Wort von Freiheit, Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl.)

Jusos:

„Für die Jusos ist die DDR Ausland.“ (stv. Landesvorsitzender Lange der Jusos Baden-Württemberg) „Die Jusos fordern die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die Aufgabe des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes.“ (ppp, 25. Oktober 1989)

Grundsatzprogramm-Entwurf der SPD, 1989:

„Es muß offenbleiben, ob und in welcher Form die Deutschen beider Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden.“

Walter Momper:

„Die derzeit in aller Welt geführten Diskussionen über die Zukunft Deutschlands sind nur Übungen in Wiedervereinigungsrhetorik.“ (Berliner Morgenpost, 15. September 1989)

„... müssen weiterhin von der Zwei-

staatlichkeit Deutschlands ausgehen.“ (taz, 30. August 1989)

„Es ist auch eine Chance für Europa, wenn es zwei deutsche Staaten gibt.“ (taz, 6. Oktober 1989)

Der Berliner Regierende Bürgermeister Momper (SPD) hat sich abermals gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen. Auf dem Landesparteitag der SPD am vergangenen Wochenende sagte Momper: „Wir brauchen keinen neuen Nationalstaat der Deutschen im Herzen Europas.“ (FAZ, 23. Oktober 1989)

Egon Bahr:

„Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ist objektiv und subjektiv eine Lüge, Heuchelei und politische Umweltverschmutzung.“ (Frankfurter Rundschau, 13./14. Januar 1989)

„Laßt uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.“ (Bild am Sonntag, 1. Oktober 1989)

„... man solle aufhören, im Sinne der Staatlichkeit über die deutsche Einheit zu reden.“ (Süddeutsche Zeitung, 2. Oktober 1989)

„Wiedervereinigung ist kein Thema.“ (3. November 1989, nach Bild 9. November 1989)

Norbert Gansel, SPD-MdB aus Kiel:

„Die Lösung der deutschen Frage liegt eher in einer Zweistaatlichkeit.“ (Deutschlandfunk, 24. September 1989)

Karsten Voigt:

„Der Kern der deutschen Frage ist für eine große Weile eben nicht die Freiheit. Es ist die Bewahrung des Friedenszustandes, also des Status quo. Alles andere sind Ornamente und Schlimmeres.“ (2. April 1984, nach Welt am Sonntag 12. November 1989)

Hans-Jochen Vogel:

„Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgereides.“ (Bericht vor der SPD-Fraktion, 3. Oktober 1989)

Gerhard Schröder, SPD-Spitzenkandidat in Niedersachsen, am 27. September 1989:

Die deutsche staatliche Einheit als realistisches Ziel darzustellen, sei „reaktionär und hochgradig gefährlich“. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 27. September 1989)

Albert Klütsch SPD-MdL NRW, Michael Müller SPD-MdB (Düsseldorf), Jürgen Schaufuß SPD-MdL NRW, Franz-Josef Kniola SPD-MdL NRW, Dr. Jürgen Linden (OB der Stadt Aachen, SPD) unterzeichneten folgenden Aufruf der Zeitschrift „Wiener“ in der Januarausgabe 1990:

„Wir fordern die Anerkennung der DDR als eigenen souveränen Staat und die Anerkennung aller bestehenden Grenzen in Europa — einschließlich der polnischen Westgrenze.“

SPD Niederrhein:

„Der SPD-Bezirk Niederrhein hat sich dafür ausgesprochen, auch eine

Zweistaatlichkeit auf deutschem Boden zu akzeptieren. Auf dem außerordentlichen Parteitag in Oberhausen verabschiedeten die Delegierten eine Resolution, in der auch diese Möglichkeit ausdrücklich eingeräumt wird ... Der Begriff Wiedervereinigung wurde nach langer Debatte aus dem Text gestrichen.“ (Westdeutsche Allgemeine, 23. Oktober 1989)

Johannes Rau:

„Wir brauchen Stabilität in Europa, darum brauchen wir keine Grenzdiskussion.“ „Wir brauchen auch zwischen den beiden deutschen Staaten keine Grenzdiskussionen, denn der alte Nationalstaat Bismarckscher Prägung ist mit Sicherheit keine Lösung.“ (SPD-Landesparteitag, 18. November 1989)

„Ich weiß nicht, ob meine Zukunftsvision für irgendeinen Zeitpunkt noch mit dem Wort Wiedervereinigung richtig umschrieben ist ... Ich denke schon, daß unsere Politik darauf ausgerichtet sein muß, daß Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren ... Man muß Wege suchen, wie man zueinander kommt. Nur, wer glaubt, das gehe über die Staatsauflösung des einen Staates und die deutsche Frage sei in diesem Sinne offen, der irrt.“ (Die Welt, 10. Januar 1987)

III. SPD – Partei der Wendehälse

Friedhelm Farthmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW, zu Norbert Blüms Bekenntnis zur

deutschen Wiedervereinigung auf der Landesvertreterversammlung der CDU am 25. November 1989 in Münster-Hiltrup:

Farthmann erklärte, die CDU halte an verkrusteten Denkmodellen fest und „betet Götzen an, welche die historische Entwicklung längst vom Sockel gestürzt hat“.

„Fraktionschef Prof. Dr. Friedhelm Farthmann betonte, daß es über die Frage der Einheit der deutschen Nation zwischen CDU und SPD keine Meinungsverschiedenheiten gebe.“ (Pressemitteilung SPD-Fraktion des Landtags in Nordrhein-Westfalen, Nr. 120, 27. November 1989)

Bodo Hombach, Landesgeschäftsführer der SPD NRW:

„Die deutschlandpolitischen Ausführungen des Vorsitzenden der CDU in Nordrhein-Westfalen, Norbert Blüm, lassen einen gefährlichen Trend zu neuem deutschen Nationalismus erkennen.“ (Bodo Hombach in Presseerklärung NRW-SPD vom 25. November 1989)

„Nicht das Bekenntnis Norbert Blüms zur deutschen Einheit, sondern seine emotionsgeladenen Vorstellungen zur deutschen Frage sind schädlich ... Nicht der Wunsch nach Wiedervereinigung ist strittig.“ (Bodo Hombach in Presseerklärung NRW-SPD vom 27. November 1989)

Egon Bahr:

„Laßt uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.“ (Bild am Sonntag, 1. Oktober 1989)

Die SPD in der Bundesrepublik bekenne sich „ohne jede Einschränkung“ zu dem Ziel des Strebens nach deutscher Einheit. (dpa, 15. Januar 1990)

Abstimmungsverhalten der SPD beim Fremdrentengesetz:

Die SPD-Bundestagsfraktion kritisierte im Dezember 1989 die von der Bundesregierung geplanten Leistungskürzungen im Eingliederungsanpassungsgesetz und verlangte noch höhere Leistungen. Oskar Lafontaine stimmte für das Saarland im Bundesrat allen einschlägigen Regelungen selbst zu. Das von Lafontaine kritisierte Fremdrentengesetz begünstigt seit gut 30 Jahren die erst 1957 in das Sozialsystem der Bundesrepublik eingegliederten Saarländer, deren Rentenansprüche durch einen Wegfall des Gesetzes in Frage gestellt würden.

„Vor allem die SPD hat im Spätherbst größere Korrekturen am Fremdrentenrecht verhindert. Lafontaine hat dies im Bundesrat am 1. Dezember, als die Mauer schon durchlässig war, mit seinem Votum für die Rentenreform sanktioniert. Am 21. Dezember hat er den Eingliederungshilfen zugestimmt, die er nun abschaffen möchte; sie waren der SPD im Bundestag noch zu niedrig. Lafontaine spielt falsch und mobilisiert Emotionen. Er und die SPD müssen sich fragen lassen, ob sie von rechtsradikalen Strömungen profitieren wollen.“ (FAZ, 13. Januar 1990)

Karsten Voigt:

„Deshalb stimmen wir Ihnen in allen

zehn Punkten zu“ und bieten „Ihnen unsere Zusammenarbeit bei der Verwirklichung dieses Konzeptes, das auch unser Konzept ist, an.“ (zum 10-Punkte-Plan Helmut Kohls, Deutscher Bundestag, 28. November 1989)

IV. SPD – Partei der Arroganz und des Unverständnisses gegenüber DDR-Bürgern

Walter Momper:

„Ich bin keineswegs beeindruckt von den Bildern der jungen Leute, die jetzt aus der DDR kommen. Das sind dieselben angepaßten Aufsteiger, die wir hier schon zu Tausenden haben und die uns noch viel Kummer machen werden. Bei vielen steht nur der Wunsch nach Wohlstand, nach Konsum im Vordergrund.“ (FAZ, 20. Oktober 1989)

Heide Pfarr, SPD-Senatorin in Berlin:

Die Berliner Senatorin Heide Pfarr jedoch, die jetzt vor baldigen Wahlen in der DDR gewarnt hat, ... begründet ihre Sorge ...: Das könne die DDR destabilisieren und dort „noch nicht politikfähige Menschen an die Macht bringen“. Als wären die Menschen drüben unmündig. (Die Welt, 16. November 1989)

V. SPD – Partei der doppelten Staatsbürgerschaft

Günter Gaus, ehemaliger Ständiger Vertreter Bonns in Ost-Berlin zu DDR-Übersiedlern:

„Ein paar zehntausend Ausländer aus Sachsen.“ (Merian, Heft 7/89)

Oskar Lafontaine:

„Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine hat im saarländischen Landtag in namentlicher Abstimmung gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen von der FDP eingebrachten Antrag abgelehnt, in dem es hieß: „Deshalb bekennt sich der saarländische Landtag ausdrücklich zu der im Grundgesetz verankerten einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft.“ (FAZ, 21. November 1989)

VI. SPD – Partei des wahltaktischen Opportunismus

Hans-Jochen Vogel:

„Wenn nun in der DDR die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gut abschneidet, das hat sicherlich positive Rückwirkungen, und das haben wir durchaus schon auch im Hinterkopf . . .“ (zu den Rückwirkungen des Wahlergebnisses in der DDR im Hinblick auf die Wahlen in der Bundesrepublik, Presseservice der SPD, 15. Januar 1990)

Friedhelm Farthmann:

„Wenn die Ereignisse in der DDR überhaupt Einfluß auf unsere Wahlen haben, dann allenfalls in dem Sinne, daß mit einem starken Vertrauensbeweis für die Sozialdemokraten in der DDR bei uns endlich das Gerede der CDU entlarvt wird, der Sozialismus sei am Ende.“ (Kölnische Rundschau, 13. Februar 1990)

VII. SPD – Partei der Kritik am politischen System der Bundesrepublik Deutschland

Oskar Lafontaine:

„Wer unser System preist, hat überhaupt nicht die Zeichen der Zeit verstanden.“ (SPD-Parteitag Berlin, 19. Dezember 1989)

VIII. SPD – Partei der sozialistischen Planwirtschaft und der Träumer vom wahren Sozialismus

Philip Rosenthal:

„Das Wichtigste ist, daß es nicht so etwas wie einen Rechtsruck, ein Weg vom Sozialismus bedeutet, sondern ein Hin zum funktionierenden Sozialismus.“ („Sozialismus, der funktioniert“, SM-Magazin, Mai 1989)

Beratung des SPD-Grundsatzprogramms:

„Bei der Beratung des SPD-Grundsatzprogramms geriet Schröder sogar in eine klare Minderheit gegenüber dem linken Parteiflügel um den früheren Kultusminister Peter von Oertzen. Vor den Delegierten setzte sich Schröder entschieden für eine möglichst unveränderte Verabschiedung des Entwurfs ein, der der geglückte Versuch der Bestimmung von Fortschritt sei. Von Oertzen hingegen verlangte mit Hilfe der starken Unterbezirke planwirtschaftliche Positionen, mit denen er in der Programmdiskus-

sion unterlegen war, wieder in den Entwurf einzubauen.

Schröder, der der Antragskommission des Parteitags später sogar Manipulation vorwarf, widersetzte sich energisch einem Antrag, in dem es hieß, der der Wettbewerbswirtschaft „inwohnende Zwang“ zu ungehemmtem Wachstum und zur unkontrollierten technischen Innovation habe zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen geführt. Schröder warnte vor dieser Formulierung mit dem Hinweis auf die „ungeheure Naturzerstörung“, die gerade der real existierende Sozialismus bewirkt habe. Schröder unterlag gegen eine Dreiviertelmehrheit der Delegierten, die eine leicht abgeschwächte Fassung durchsetzten, in der das Wort „Zwang“ durch das Wort „Tendenz“ ersetzt wurde.

Die Auseinandersetzung verschärfte sich bei der anschließenden Beratung der wirtschaftspolitischen Grundsätze. Die Bezirksprogrammkommission und die Antragskommission schlugen gegen Schröders Widerstand vor, die Forderung nach Investitionsfonds zur Konjunktur-, Beschäftigungs- und Strukturförderung einzusetzen, Unternehmen zur Offenlegung ihrer Politik gegenüber Staat und Sozialräten zu verpflichten sowie in die Leitungsorgane der Großunternehmen der Staat und die Vertreter „gesellschaftlicher Interessen“ aufzunehmen und eine „gesellschaftliche Rahmenplanung“ vorzunehmen. Obwohl Schröder leidenschaftlich davor warnte, diese Forderungen zu beschließen,

unterlag er in mehreren Abstimmungen klar dem Von-Oertzen-Flügel.“ (Stuttgarter Zeitung, 23. Oktober 1989)

Die SPD Hessen-Süd beschließt Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm der SPD, in denen von Vergesellschaftung und stärkerer staatlicher Lenkung die Rede ist. (FR, 23. Oktober 1989)

SPD-Grundsatzprogramm:

„Ein historisches Grundproblem des Wettbewerbssystems ist seine Verbindung mit der privaten Verfügung über die Produktionsmittel ... Das Wettbewerbssystem ist ungeeignet, die Menschen mit Gemeinschaftsgütern und -leistungen zu versorgen ... Die Wettbewerbswirtschaft hat durch ihre Tendenz zu ungehemmtem Ressourcenverbrauch und unkontrollierter technischer Innovation zur Verschwendung von Rohstoffen und zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen geführt.“

Friedhelm Farthmann:

Eine „wahre Demokratie kann es nur geben, wenn ein wahrer Sozialismus erfüllt ist.“ (Rede im Landtag NRW, 19. Oktober 1989)

Johannes Rau:

„Haben Sie wirklich diesen Umbruch, der da (er meint Polen) stattfindet ... , wirklich so verstanden, als sei jetzt der Liberalismus im Kommen? (...) Man darf so diese schmerzhaften, großen, wichtigen Umbrüche nicht mißverstehen. (...) Da ist mehr in Bewegung als ein Ge-

fälle auf den Westen hin. Da ist anderes in Bewegung. Und wer glaubt, die Zeit des Sozialismus sei vorbei, der muß doch erst einmal die unterschiedlichen Interpretationen von demokratischem Sozialismus (...) abgrenzen von dem, was wir (...) vom sogenannten real existierenden Sozialismus erlebt und erfahren haben.“ (vor dem nordrhein-westfälischen Landtag, 4. September 1989)

„Es gibt eine Alternative zum gescheiterten Staatsbürokratismus und zur menschenverachtenden Ellenbogengesellschaft: Unser Konzept von Wirtschaftsdemokratie!“ (Landesparteitag der SPD NRW, 18. November 1989)

„In der DDR ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern eine ineffiziente Staats- und Wirtschaftsbürokratie.“ (SPD-Landesparteitag, 18. November 1989)

Egon Krenz:

Nicht der Sozialismus ist gescheitert, sondern „die Entartung des Sozialismus.“ (FAZ, 21. November 1989)

Gerhard Heinemann, SPD-MdB:

„Gescheitert ist das sowjetische Modell des zentraladministrativen Sozialismus. Um so mehr hat der demokratische Sozialismus die Chance, zur Hoffnung derer zu werden, die Stalinismus und Stagnation nicht mit einem neuen Raubkapitalismus eintauschen wollen.“ (Sozialdemokratischer Pressedienst, 24. November 1989)

Karsten Voigt:

Die Frankfurter Rundschau berichtet über einen Kongreß der DKP in

Frankfurt, an dem auch der SPD-Bundestagsabgeordnete ^{Karsten} Voigt teilnahm. „Der sozialdemokratische Parlamentarier traf die Grundstimmung der Teilnehmer, als er nach klaren Worten der Distanz zu den Kommunisten tröstend anmerkte, in der DDR und anderswo jenseits der Elbe gebe es deshalb keine ‚Krise des Sozialismus‘, weil die dortigen Staaten eben gerade keine sozialistischen gewesen seien.“ (FR, 23. Oktober 1989)

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Systeme in Ost- und Mitteleuropa fangen neuerdings prominente SPD-Politiker und linksorientierte Journalisten an, Zweifel an der Möglichkeit eines dritten Weges des Sozialismus zu äußern:

Horst Ehmke:

Also doch noch einmal die Suche nach dem dritten Weg? Der Sozialdemokrat Horst Ehmke mochte sich daran nicht beteiligen. Dieser Traum sei schon deshalb ausgeträumt, meinte er, weil der Weg zum Sozialismus nirgendwo mehr zu gehen sei. Professor Mihaly Vajda aus Ungarn pflichtete ihm in diesem Punkt bei: Man solle doch den selbstquälerischen Begriff des Sozialismus aufgeben. In allen osteuropäischen Ländern hätten die Menschen von diesem Wort die Nase gestrichen voll. (Bericht von einem Forum der „Aktion für mehr Demokratie“ in Köln nach Frankfurter Rundschau, 12. März 1990)

Klaus Bednarz, Carola Stern:

Hat also doch der Sozialismus seinen

Berechtigungsschein an der Stechuhr der Geschichte abgegeben, wie es Klaus Bednarz reichlich gekünstelt formulierte? Seine Journalisten-Kollegin Carola Stern mochte da nicht widersprechen. Aber welche Utopie bliebe dann noch? An Stelle der Utopie nur noch Schreckensvisionen, fragte sie bänglich. (Bericht von einem Forum der „Aktion für mehr Demokratie“ in Köln nach Frankfurter Rundschau, 12. März 1990)

IX. Kritik von SPD-Politikern an der eigenen Partei

Klaus von Dohnanyi, ehemaliger SPD-Bürgermeister von Hamburg:

„Die deutsche Linke befindet sich in der Gefahr, einen historischen Fehler zu machen. Vergleichbar nur ihre Ablehnung der radikal marktwirtschaftlichen Reformen Ludwig Erhards nach 1948 und der Westintegration der Bundesrepublik nach Beginn des kalten Krieges 1949. Damals erhielt die Linke eine politische Quittung auf 20 Jahre Opposition. 1959 in Godesberg und 1960 im Bundestag mußte sie sich revidieren. Heute geht es um ihre unklare Haltung zur staatlichen Einheit der beiden deutschen Staaten ... Die politische Bestrafung durch den Wähler könnte auch diesmal wieder tragikomisch ausfallen ... Denn ein geteiltes Deutschland und, noch deutlicher, ein geteiltes Berlin, bleiben unnatürlich.“ (Stern, 16. November 1989)

„Vor einigen Tagen hat Bundeskanz-

ler Helmut Kohl im Deutschen Bundestag in zehn Punkten einen möglichen Weg zur deutschen Einheit skizziert ... Ich bin, wie Sie wissen, kein Parteifreund des Bundeskanzlers. Aber ich frage mich, ob nicht in diesem Falle eher die Kritiker belehrt werden müßten. Fernsehzuschauer und Zeitungsleser in der ganzen Welt haben nun vier Wochen lang beobachten können, wie die Öffnung der Mauer schon in den ersten Stunden und seither immer mehr ein offenbar ungebrochenes Gefühl der Zusammengehörigkeit der Deutschen in beiden deutschen Staaten hat frei werden lassen, das – und dies ist nun für jedermann ersichtlich – ganz offenkundig nur durch Gewalt und Presion über 40 Jahre unterdrückt, aber nicht beseitigt werden konnte. Und die Präambel des Grundgesetzes enthält, auch das weiß jeder, den Auftrag, die Einheit in Freiheit anzustreben. Wenn nun, nachdem im bisher unterdrückten Teil Deutschlands Bekundungen zur Einheit Deutschlands immer offener zum Ausdruck kommen, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland vorsichtig und ohne Kalender im Deutschen Bundestag einen Weg zu diesem Ziel andeutet, wer sollte ihm da Vorwürfe machen?“ (Frankfurter Rundschau, 14. Dezember 1989)

Johannes Rau zu Lafontaines deutschlandpolitischen Äußerungen:

„Es kann ja auch kein Mensch jahrzehntelang das Ende der Mauer fordern, um dann eine neue, und sei es

nur eine mit Paragraphen, aufzubauen.“ (Die Welt, 12. Dezember 1989)

Friedhelm Farthmann:

„Hier demontiert sich ein Hoffnungsträger unserer Partei selbst, und das tut weh!“ (zu Lafontaines deutschlandpolitischen Äußerungen in der Zeitung Die Welt, 12. Dezember 1989)

„Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion hat in einem Gespräch mit der Rheinischen Post erklärt, er wolle nicht verhehlen, daß er traurig und schockiert darüber sei, daß viele seiner jüngeren Parteifreunde so kühl und distanziert gegenüber dem deutschen Einigungsprozeß blieben ...“ (Rheinische Post, 9. Februar 1990)

„An seine eigene Partei richtete Farthmann die Mahnung, wieder zu einem klaren deutschlandpolitischen Konzept zurückzufinden. Hierzu würden auch vom Bremer Bundesparteitag im Dezember eindeutige Aussagen erwartet. Er könne es überhaupt nicht verstehen, daß im Augenblick von einigen in der Partei der Eindruck erweckt werde, als sei die SPD der Reichsbedenkenträger gegen die Wiedervereinigung.“ (Süddeutsche Zeitung, 8. November 1989)

Hinter manchen Vorbehalten von Bundesbürgern gegen eine weitere Öffnung der DDR stecke „ein ganz mieser, kleinlicher Egoismus“ oder aber die irrige Vorstellung, man müsse eine Art Musterregion des Sozialismus unbedingt erhalten. (Rheinische Post, 8. November 1989)

**Henning Voscherau,
SPD-Bürgermeister von Hamburg:**

„Die Menschen hüben und drüben haben sich unendlich darüber gefreut, daß sie wieder zueinander können. Leider hat die SPD diesen Eindruck nicht vermittelt ... Es ist unmoralisch und unhistorisch, die eigene Partei dem Verdacht auszusetzen, die Mauer aus Beton durch eine Mauer aus Paragraphen ersetzen zu wollen.“ (Die Welt, 14. Dezember 1989)

Weiteres Material finden Sie in der Dokumentation „Die Wendehals-Partei: SPD gegen die Wiedervereinigung“. Diese Dokumentation ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion herausgegeben worden und kann bei der CDU-Landesgeschäftsstelle bestellt werden.